

Neuer Anzeiger

Druck und Verlag: Buchdruckerei Wth. Sauer in Kofleben.

№ 132

Donnerstag, den 3. November 1932

45. Jahrgang

Wir wollen Arbeit schaffen!

Von Reichsarbeitsminister Schäfer.

In den Mitteilungen der Reichszentrale für Heimindustriellen veröffentlicht Reichsarbeitsminister Schäfer folgende Ausführungen:
Man schätzt, daß zurzeit etwa 25 Millionen Menschen in der Welt arbeitslos sind. Davon entfallen auf die Vereinigten Staaten über 11 Millionen, über 5 Millionen auf Deutschland und über 2 Millionen auf England. Gewiß hatten wir auch Arbeitslose vor dem Kriege. Aber verglichen mit den heutigen Reichszahlen schrumpfen die Arbeitslosenzahlen der Vorkriegszeit auf ein Minimum zusammen. Die Folgen hiervon sind nicht schwer zu erkennen: Rückgang der Produktion, des Handels und des Einkommens.

Unsere Industriebildung ist im Durchschnitt auf etwa 60 v. H. des Umfangs von 1928 gesunken; wichtigste Produktionszweige können ihre Kapazität noch nicht einmal zur Hälfte ausnützen. Ähnliche Verhältnisse finden wir in allen Industrieländern. So laßt eine Niemenart auf unserem Volkseben. Für Millionen von Menschen ist die Deckung der notwendigen Bedürfnisse in Frage gestellt. Die leibliche Existenz unabhängiger Menschen ist bedroht. Hinter der leiblichen Not aber liegt noch eine größere und düstere. Junge Menschen zu Hunderttausenden sind zur entwerrenden Arbeitslosigkeit verurteilt und leben ohne Hoffnung mehr vor sich. Unendlich viele Familienoberhäupter haben keine „Chance“ mehr.

Die Arbeitslosenfrage ist die deutsche Frage der Gegenwart; um ihre Lösung muß sich die gesamte deutsche Politik der nächsten drei Wochen. Ich weiß wohl, daß diese Frage bei uns schwerer als in jedem anderen Lande zu lösen ist. Unsere Kreditbasis ist innen- und außenpolitisch beengt. Wir können dabei nicht kreditpolitische Experimente machen wie zum Beispiel England. Denn wir haben die größte Inflation aller Zeiten hinter uns. Die Reichsregierung weiß, daß es auch nicht ein einziges Mittel zur Behebung der Arbeitslosigkeit gibt. Es müssen aber alle Wege gegangen werden, die irgendwie dazu beitragen können, um die drückende Not der Arbeitslosigkeit zu mildern.

Ein Weg zur Juridierung der Arbeitslosigkeit liegt in der Arbeitsbeschaffung durch die öffentliche Hand. Als das letzte Kabinett die Regierung übernahm, hat es sofort ein Arbeitsbeschaffungsprogramm in Höhe von 135 Millionen RM für ländliche Siedlung und vorstädtische Kleinwohnung, Wasserbauten, Straßenbauten, Meliorationen, Teilung und Reparaturen von Wohnungen usw. aufgestellt. Dadurch fanden etwa 65 000 Arbeiter wieder Arbeit und Brot. Dabei ist die Regierung nicht stehen geblieben. Sie hat ihr Arbeitsbeschaffungsprogramm bald danach um mehr als 200 Millionen RM erweitert. In das neue Programm wurden auch Arbeiten einbezogen, die der schwer darniederliegenden deutschen Textilindustrie wieder Beschäftigung bringen sollten. Auch wurde ein neuer Versuch wieder eingeleitet, um den Baumarkt zu beleben. Angefangen mit Bedeutung der Baumaterialien für die gesamte Wirtschaft ist gerade diese Zurückvermittlung von größtem Nutzen wichtig. Nach Schätzung namhafter Nationalökologen lebt in Zeiten normaler Konjunkturschwankung in Deutschland etwa ein Sechstel bis ein Achtel der gesamten Bevölkerung mittelbar und unmittelbar von der Bauwirtschaft.

Wichtiger ist die Frage, wie die Wirtschaft natürlich belebt werden kann. Die Reichsregierung steht auf dem Standpunkt, daß die Zeit des Schließens in das Unvermeid-

liche vorbei sein, daß sie von der Verteidigung gegen die Wirtschaftskrise nunmehr zum Angriff übergehen muß. Andernfalls war zu befürchten, daß das deutsche Volk nicht mehr in der Lage sei, den bevorstehenden schweren Winter zu überleben. Bei Betrachtung der Weltwirtschaftslage darf man auch den neuemotivierten Zeitpunkt für solche Maßnahmen für richtig halten, weil doch Anzeichen dafür vorhanden sind, daß die Weltwirtschaftskrise tatsächlich den Tiefpunkt überwinden hat. Die Überwindung der Krise verlangt rasches und schnelles Handeln. Deshalb hielt es die Regierung für notwendig, geeignete Maßnahmen zur Krisenbekämpfung in die Wege zu leiten. Sie tat dies durch die Verordnung zur Belebung der Wirtschaft vom 4. September 1932. Die Wirtschaft und das Unternehmertum haben die Vorzüge im Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung freudig aufgenommen und zum Ausdruck gebracht, daß sie ihrerseits alles tun wollen, um das Gelingen zu sichern. Auch im Gemeinwohlstand hat man sich bereit erklärt, dem wirtschaftlichen Teil des Regierungsplanes die Chance zuzubilligen, seine Brauchbarkeit unter Beweis zu stellen.

Der objektive Beobachter unserer Verhältnisse wird zu nächst feststellen müssen, daß die Krisenphänomene erkennbar abgeklungen sind. Gerade diese Drohe, je länger je mehr, zu einer unheilvollen Gefahr für die gesamte Wirtschaft zu werden. Sie war auch eine der Hauptursachen für die große Hoffnungslosigkeit, der sich so viele Arbeitlose hingaben. Die Betonung der privatwirtschaftlichen Initiative hat in den Wirtschaftskreisen zweifellos starke psychologische Wirkungen erzielt. Sehr deutlich beweisen dies die Berichte über die Entwicklung des Arbeitsmarktes. Diese sind der Öffentlichkeit bekannt. Ich muß deshalb nur nochmals feststellen, daß im August und September d. J. die Zahl der eingeschriebenen Arbeitslosen um 300 000 zurückgegangen ist, in der zweiten Hälfte des Monats September allein um 163 000. Demgegenüber braucht die letzte Meldung über die Arbeitsmarktlage im Reich für die Zeit vom 1. bis 15. Oktober 1932 nicht zu beunruhigen. Wenn auch hier eine Zunahme um 48 000 Arbeitslose festzustellen ist, so bedeutet dies nicht, daß sich der Beschäftigungsgrad tatsächlich im gleichen Umfang vermindert hat. Auch die Arbeitslosigkeit sinkt aus den Berichten der Arbeitsämter, das eine ruhigere und verhältnismäßig günstige Entwicklung des Arbeitsmarktes in diesem Jahre festzustellen ist.

Zur Überwindung der Not genügt es nicht, die private Initiative der Unternehmer anzuregen, sondern es muß auch gelingen, die gesamte deutsche Arbeitnehmerschaft zur Mitarbeit an diesem Programm zu gewinnen. Widerstände gegen das Programm können hauptsächlich daher, daß die deutsche Arbeitnehmerschaft des Glaubens ist, daß die gegenwärtige Regierung soziale Rechte nehmen wolle. Eine solche Ansicht ist ebenso falsch wie die andere Ansicht, daß in Notzeiten der deutschen Wirtschaft auf Sozialpolitik überhaupt keine Rücksicht genommen werden darf. Die Reichsregierung hat hauptsächlich nicht zerkümmert, sondern sie die Gleichberechtigung von Arbeitgeber und Arbeitnehmer, wie sie im Artikel 165 der Reichsverfassung ausgeprochen ist, und damit die Grundlage des Arbeitsrechts. Erhalten geblieben ist auch der Tarifvertrag. Die Höhe der Löhne ist abhängig von dem Schicksal der gesamten Wirtschaft. Geht es dieser schlecht, dann müssen sich die Löhne früher oder später einmal diesen Verhältnissen anpassen. Eine Anpassung des Tarifvertrags an die schwierigen Wirtschaftsverhältnisse bedeutet, das sei noch einmal betont, keineswegs eine Zuspaltung und Gefährdung des Tarifrechts. Durch die Einhaltung des Schlichters ist nach Möglichkeit eine mißbräuchliche Ausnutzung der Verordnung unterbunden worden.

Von den sozialen Errungenschaften ist weiter geblieben die allgemeine Arbeitsgerichtsbarkeit, der Frauen-, Mutter- und Kinderlohn und all die sonstigen Bestimmungen des Arbeitsschutzes. Auch von den Einrichtungen in der Sozialversicherung ist nichts abgebaut worden. Jedermann weiß, daß in der Invaliden- und Unfallversicherung die bisherigen Entlastungsmaßnahmen nicht ausreichen, um die Versicherungswege gelindert zu machen. Deshalb hatte ja auch befanntlich die Vorgängerin der jetzigen Reichsregierung bereits ähnliche Sanierungsmaßnahmen ergriffen, wie sie dann durch die Notverordnung vom 14. Juni 1932 in Kraft traten.

Im vorstehenden konnte ich nur ganz kurz einzelne Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit schildern. Es wären noch eine Reihe von anderen Maßnahmen, wie zum Beispiel die Förderung des freiwilligen Arbeitsdienstes, die Bemühungen um eine Vertiefung der Arbeitszeit usw. anzuführen. Eines ist sicher: die Reichsregierung wird den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit mit allem Nachdruck weiterführen. Nur so wird es möglich sein, das deutsche Volk über den bevorstehenden Winter hinwegzubringen.

Auch noch ein englischer Plan?

Aussprache Davals mit Neurath.

London, 2. November.

In London hat man es neuerdings nicht mehr so eilig, nach Genf zu der Arbeitslosenkonferenz gleich die maßgebenden Vertreter der britischen Politik zu entsenden. Die letzten Meldungen kündigen an, daß der Außenminister seine Vorreise verzögert, und wenn man nach den Gründen forscht, so hört man von der Ansicht, in Genf neben den französischen Plan auch einen englischen auf den Verhandlungstisch zu legen.

Da aber der französische Plan nach auf sich warten lassen dürfte und vor allem Herriot selbst infolge seiner Reise nach Spanien zunächst noch nicht in Genf erscheinen wird, so wäre durchaus noch Spielraum für die Ausarbeitung eines solchen Planes, mit der sich ein Unterausschuß des Londoner Kabinetts in den nächsten Tagen beschäftigen wird. Dabei wird der Außenminister die Führung haben, und auch das macht die Verzögerung keine Absicht verständlich.

Man ist sich in Londoner politischen Kreisen durchaus darüber einig, daß der französische Plan zwar in seinen Formulierungen bemüht ist, auf die engliche Einstellung weitgehend Rücksicht zu nehmen, daß aber diese tatsächlichen Berücksichtigung allerer enthalten, was für England weniger erfreulich ist und worin man sehr deutlich die französische Absicht spüren kann, England Schwierigkeiten zu bereiten.

Diese bei genauerem Studium des französischen Planes machende englische Erkenntnis könnte wohl dazu beitragen, zugleich auch das etwas geschwundene englische Weltverständnis für den deutschen Winterland neu zu beleben.

Es steht jedenfalls fest, daß man in London alles Interesse daran hat, sich über die deutsche Meinung auf dem laufenden zu halten, wobei freilich der Blick auf Amerika nicht minder maßgebend bleibt.

Man weiß, daß der amerikanische Vertreter Norman Davis eine Botsprechung mit dem Reichsaußenminister anstrebt, die im November in Genf stattfinden dürfte, und von dem Ergebnis dieser Botsprechung scheint das Londoner Kabinett

Die Schuld der Susanne Mariski

Roman von Margarete Ankelmann

Copyright by Martin Fuchs/Wagner, Halle (Saale)

Der Wind segte die wirbelnden Schneeflocken über das weite Land. Ueber die entlosten Wiesen, Felder und Wäldchen. Wohin man sah, nichts als Schnee — hartgefrorene, körrige Schneeflocken, auf den unermüdeten, glitzernden Wäldchen. Immer wieder kam der Wind dahergestürzt, immer wieder wirbelte er die vielen, vielen Wäldchen durcheinander. Es heulte und fauchte über die Straßen, die fast von den Schneeflocken zugegeben waren und sich nicht mehr von den Schneeflocken rechts und links unterschieden.

Der Sturm verhärtete sich; er laute über die Führen hinweg und fuhr peisend durch den Zannennwald, der sich dunkel und unheimlich auf der einen Seite des Feldes dahinjog. Wehe, wenn sich irgendein armes Menschenkind jetzt unterwegs befand, mitten im Schneefeld der aufsprühenden Führen. Immer wieder, jedes Frühjahr, fand man — nach der Schneeschmelze — erfrorrene Menschen, die bis dahin still und verborgen geruht hatten unter der unbedürftigen Schneedecke; arme Wanderer, die sich in den Winterhüllen verirrt hatten und die hilflos umgekommen waren. Auf den kleinen Dorfstraßen wurden sie beiseite, und meistens wußte man nicht, woher sie gekommen waren und wohin sie hatten wandern wollen — und niemand kümmerte sich um ihr Grab.

Mitten im aufsprühenden Wald stand ein Försthaus, umgeben von dichten, dunklen Tannen. Jetzt waren diese Tannen weiß, und sie senten ihre Zweige schwerer unter der Last des Schnees.

Ganz einfach lag das Haus da, eingebettet in tiefen Schnee; man sah nichts von der breiten Straße, die dicht vorüberzog und die den Verkehr mit den umliegenden Dörfern und Wäldern vermittelte. Auch hier hatte der

Wind riesige Schneemassen herübersegelt, die das majestätische Haus fast ganz vergraben und die alles vergraben, was am Wege lag. Selbst die Eingangstufen des Hauses waren von der Schneefalt verdeckt.

In der großen Wohnstube des Försthauses erhob sich gerade der Förster von dem Tische, an dem er gesessen und gefest hatte. Er redte sich und ging zur Tür, um das Licht auszusuchen. Im Dunteln trat er nach dem Lichtschalter des Treppenhauses, seinen nächsten Ausgange zu begimmen.

Es war zehn Uhr und höchste Zeit, zu Bett zu gehen. Förster Heiler hatte sich davon überzeugt, daß alles in Ordnung war, hatte dem großen Hund noch einmal über das Fell getrieben. Dann begab er sich nach oben, in das Schlafzimmer, das er mit seiner Frau teilte. Vorichtig öffnete er die Tür. Er merkte kein Licht, um seine schlafende Frau nicht zu wecken. Er sah genug, sich ausziehen und zu Bett gehen zu können. Bald verfielen ihm gleichmäßige Atemzüge, daß Mann und Frau fest schliefen.

Der Schnee draußen fiel dicht und dichter; der Wind brauste immer heftiger. Ein feiner Windzug streifte durch das große Schlafzimmers der Haustür und traf auf den auf einer dicken Matte liegenden Wachsund. Thras sprang in die Höhe, spitzte die Ohren und begann in dem großen Saalflur hin und her zu schneiffeln. Er blieb an der Tür stehen, lauschte, harrte leise und ging dann zu seinem Saager zurück, schneiffelnd ließ er sich nieder. Doch bald richtete er sich wieder auf, abermals die Ohren rüttelnd. Unverwandelt forrte der Hund durch das Dunkel hin nach der Haustür, knurrte lauter und stand dann mißtrauisch vor der verschlossenen Tür. Er spürte mit den Beinen und fing endlich an, laut zu belln.

Die Förstersfrau, hat wach, drehte sich auf ihrem Lager herum. Dann hob sie plötzlich den Kopf. Hatte sie da nicht einen eigentümlichen Laut vernommen? Sie horchte. Es schien indes nur der Wind gewesen zu sein; es war nichts mehr zu hören. Frau Heiler wollte sich gerade wieder hinlegen, als abermals dieses seltsame Geräusch vernommen wurde. Die Förstersfrau rüttelte ihren Mann wach.

„Kaparl! Hörst du nichts?“
Der Förster, müde und verschlafen, gab keine Antwort. Ein energischer Hund seiner Frau suchte ihn zu ermuntern.

„Kaparl, du höre doch! Es klingelt von unten heraus wie das Bimmern eines Menschen. Jetzt wieder! Hörst du nichts?“

Heiler war wach geworden und lauschte hinaus in die Nacht. Ja, das klang wirklich so, als ob brummen jemand wimmerte. Jetzt hörte man es ganz deutlich. In diesem Augenblick schlug auch Thras an.

Mit einem Satz war der Förster aus dem Bett und am Fenster. Er öffnete es und sah hinaus. Eine Unmenge wirbelnder Schneeflocken schäufte ihm ins Gesicht und in die Schlafzimmere hinein.

„Ist jemand unten?“
Zweimal, dreimal tief der Förster hinunter, ohne daß sich irgend etwas gereg hätte. Nur der Schneefurm gab Antwort.

Da — do war es wieder, dieses seltsame Bimmern, lästlich und hilflos.

„Wir müssen hinunter, Frau“, sagte der Förster. Die Eheleute waren im Nu notdürftig bekleidet und eilten beide die Treppe hinunter.

Das heftige Anschlagen des Hundes hatte auch die übrigen Hausgenossen geweckt. Gerade, als die Förstersleute die Treppe heruntertraten, erschienen die beiden Försterschwestern und die alte Waga Brigitte und warteten neugierig, was sich ereignen würde.

Jetzt rüttelte der Schüssel im Schloß, die Tür ging auf. Der Förster trat halb hinaus.

Nichts war zu sehen, niemand meldete sich. Bis wieder jenes leise Bimmern ertönte, das man oben gehört hatte.

„Zu, Thras!“
Im selben Moment schon hatte der wachsame Hund die Stelle entdeckt, von der das Bimmern kam. Er gebärdete sich wie toll und hörte nicht auf zu scharrn, bis die Förstersleute herbeigelaufen kamen.

(Fortsetzung folgt.)

Seine letzten Entscheidungen für Genf abhängig zu machen, insbesondere auch die Frage, ob der Bremerischerlei selbst dorthin fahren wird. Diese Abhandlungen genügen, um zu zeigen, wie bedeutsam die Ausbreitung zwischen Dosis und Neuart sein wird, und wie groß dabei die Aufgabe des verantwortlichen Vertreters der deutschen Politik ist.

Verfälschter Boykott

Danziger Note an Polen.

Der Senat der Freien Stadt Danzig hat an den Vertreter der Republik Polen eine Note gerichtet, in der es u. a. heißt:

Unter dem 22. Oktober dieses Jahres habe ich mich erneut an Sie wegen der Behinderung des Abzuges Danziger Waren nach Polen gewandt, nachdem ich auf mein Schreiben vom 22. September, das die Beschwörungen zum Ausdruck brachte, bis heute keine Antwort erhalten hatte.

Immer neue Vorstellungen werden täglich bei dem Senat von Danziger Firmen erhoben, daß die Beschlagnahmen Danziger Waren in Polen und die Abdrängung der Danziger Waren von dem polnischen Markt nicht nur nicht nachgelassen haben, sondern sogar weiter verschärft worden sind. Die Kontrollen in den Zäunen der polnischen Zollinspektoren vorwärts. Dies bedeutet nichts anderes, als daß für jede Einfuhr von Danziger Waren nach Polen eine Einfuhrgenehmigung nach polnischer Zulassung erforderlich ist, und daß die Einfuhr von Danziger Waren von der willkürlichen Aufstellung irgendwelcher Bedingungen, die mit den bestehenden Verträgen im Widerspruch stehen, von polnischen Zollinspektoren abhängig ist.

Da ich es trotzdem immer noch nicht für möglich halte, daß die polnische Regierung in offener Form unter den Augen des Herrn hohen Kommissars die Verträge verletzen will, muß ich Sie, Herr Minister, drängen bitten, auf meine Vorstellungen vom 22. September, vom 22. Oktober und vom heutigen Tage, welche einmündlich das vertragsgemäße Verhalten der polnischen Behörden darin, mir umgehend mitteilen zu wollen, ob Sie, Herr Minister, bereit sind, dahin zu wirken, daß unverzüglich alle den Verträgen entsprechende Zustand in dem Warenverkehr von Danzig nach Polen wiederhergestellt wird.

Ein neuer polnischer Eingriff

Die polnische Regierung scheint sich wenig darum zu kümmern, daß die Beschlagnahme Danzigs in Genf fast durchweg zu Ungunsten Polens entschieden wurden; auf jeden Fall hätte man es in Warschau für zweckmäßig, durch die Schaffung vollendeter Tatsachen die Nichtachtung dieser Genfer Beschlüsse zu befördern.

Einen solchen neuen Vorstoß und schweren Eingriff in die Hoheitsrechte Danzigs und gegen den Völkerverbandskommissar bedeutet die Anweisung des polnischen Verkehrsministers, wonach die polnischen Grenzposten im Gebiet der Freien Stadt vom 1. Dezember ab alle Gebühren nur noch in polnischer Währung annehmen dürfen.

Daß sich diese Maßregel nicht mit der Zulassung Polens verträglich, alle Wirtschaftsverträge auf dem Wege von Verhandlungen zu regeln, bedarf keines Wortes. Wohl aber wird sowohl der neue Völkerverbandskommissar wie der Senat der Freien Stadt sofort alle Maßnahmen ergreifen müssen, um die Verwirklichung dieses polnischen Willküraktes zu verhindern.

Deutscher an der Grenze erschossen

Polnischer Grenzbeamter als Mörder.

Gultenlag (O.-S.), 2. November.

Ein blutiger Zwischenfall, der noch der Aufklärung bedarf, ereignete sich an der deutsch-polnischen Grenze. In der Nähe des Dorfes Sornowitz wurde der deutsche Arbeiter Papanda ohne jeden Anlaß von einem polnischen Grenzbeamten erschossen.

Papanda hatte sich an der Grenze mit einem Mädchen aus einem in Pölsch-Dorf gelegenen Orte verabredet. Dabei hat er die Grenze um etwa 10 Meter über-

schritten und befand sich mit dem Mädchen auf polnischem Gebiet. Da näherlich lag ein polnischer Grenzbeamter, der den Deutschen aufforderte, stehen zu bleiben.

Obwohl Papanda diesem Anruf folgte und auch die Arme erhob, gab der Beamte einen Schuß ab. Schwerverwundet stürzte Papanda in einen Graben. Hier mußte er noch mehrere Stunden hilflos liegen, da den vorbeiziehenden deutschen Bauern der Lebertschiff verweigert wurde, als man ihnen endlich gelangte, den Schwerverletzten zu verbinden, vor es bereits zu spät. Kurz darauf ist der Ermordete seinen Verletzungen erlegen.

Die bisherigen Zeugenvernehmungen haben den Fall noch nicht klären können. Es wird das Ergebnis der Beiziehung abgewartet werden müssen, um durch Feststellung des Schußamats höhere Anhaltspunkte zu gewinnen.

Beim Spiel mit Feuer verbrannt

Maschov, 2. November.

Von spielenden Kindern wurde in Maschov (Medlenburg) ein Stallgebäude des Kreisinsolventen Jirkow in Brand gesteckt. Der siebenjährige Sohn des Invaliden, der das Feuer angelegt hatte, ergriff, als die Flammen sich in wenigen Augenblicken über das im Stall untergebrachte Stroh ausbreiteten, die Flucht und überließ seine Spielgefährten ihrem Schicksal. Als das Feuer bemerkte wurde, eilte Frau Jirkow in den Stall, um die Kinder zu retten. Ihr eigenes dreieinhalb Jahre altes Kind konnte sie jedoch nur noch als Leiche bergen. Sie selbst erlitt bei dem Rettungsversuch lebensgefährliche Brandverletzungen.

Verkehrsunfall durch Betrunkene

Deulitz, 2. November.

Ein schweres Aufsehungsfall ereignete sich auf der Chaussee von Spornberg nach der Hohenpeters-Grube. Einem mit zwei Personen besetzten Omnibus stießen zwei Betrunkene in den Weg. Sie wurden von dem Auto erfasst und überfahren. Hierbei wurde einer von ihnen getötet, der andere schwer verletzt. Der Wagen raste dann mit voller Geschwindigkeit gegen einen Baum, wobei beide Insassen sich schwere Verletzungen zuzogen. Im Krankenhaus ist einer von ihnen gestorben.

Verzweiflungstat einer Mutter

Harburg-Wilhelmsburg, 2. November.

Bei Harburg-Wilhelmsburg lag eine Mutter mit ihrem acht Monate alten Kind vor einem Zug und ließ sich überfahren. Der Vorfahrt nicht beachtet worden. Später fand man die vollkommen verstümmelten Leichen auf dem Bahndamm. Man nimmt an, daß Mitleidlosigkeit in der Familie das Motiv der grauenvollen Tat waren.

Freiwillig eines Ehepaares.

In einem in Berlin-Schöneberg gelegenen Hause machten Hausbesitzer in der Wohnung des 32 Jahre alten Schweizer Staatsangehörigen Jakob Mattler eine grausige Entdeckung. Sie fanden dort Mattler und seine Ehefrau Charlotte tot in ihren Betten auf. Die Eheleute hatten vor der Tat den Gasofen an und waren nach ihrem Schlafzimmer geleitet und dann den Gasofen eingeschaltet. Wie aus einem hinterlassenen Brief hervorgeht, bestand sich das Ehepaar schon seit einiger Zeit in schwerer Unterdrückung und auch keine Aussicht auf irgend- einen Verdienst hat, er mit seiner Frau übereingekommen, gemeinsam mit ihr den Tod zu geben.

Fischertragedie

Köslin, 2. November.

Vier Fischer aus R. f. bei Köslin waren abends in See gefahren, um ihre ausgelegten Netze einzubolen. Von dieser Fahrt kamen die Fischer nicht zurück. Früh wurde nun ihr Boot am Strande bei R. f. leer angetrieben. Man befürchtet, daß die vier Fischer ertrunken sind.

Börse und Handel

Berlin, den 1. November 1932.

Zum ersten Male Steuerscheine

Naturngemäß beanprucht die erste Notierung der Steuerscheine das größte Interesse der Börse, die aber an ihren Aktienmärkten dadurch keine Beeinflussung erkennen

Sie wandte sich an die Höflichkeit: „Schnell, mach' Feuer an, damit es warm wird im Zimmer — damit wir heißes Wasser bekommen, das Kindchen zu baden.“ Ein neuer Gedanke ging durch ihren Kopf.

„Du, Karpat, da fällt mir etwas ein. Oben, in der rechten Zimmerecke, da steht ja noch die große Kiste, die ich vor vielen Jahren von Tante Anna bekam, weißt du, die mit den Kinderbildern. Wir haben sie ja nie gebraucht; aber ich erinnere mich, daß da eine Saugflasche drin ist. Die müssen wir jetzt haben, sonst können wir das Kind nicht füttern. Bitte, Karpat, hole das gleich hinauf und hole die Flasche herunter. Wenn du den Fritz nimmst, dann löst er gleich die ganze Truhe herunterbringen — wir werden die anderen Sachen auch noch brauchen.“

Während der Mann mit dem Gefallen nach oben ging, hatte die Förstersfrau das fremde Kind aus dem Arm genommen. Sie ging mit dem Bündel langsam in der Stube hin und her, es mit den Armen leise schaukelnd. Mit zarter, weicher Stimme sprach sie auf das Kind ein: „Oh, du armes Würmchen! Ganz erstarrt bist du und Hunger hast du auch. Ja, ja, gleich bekommst du Süßes etwas zu essen.“

Die große, starke Frau, durch deren Haare sich schon Silberfäden zogen, wurde ganz weich, als sie auf das kleine Weisen vor sich niederließ. Sie konnte es kaum glauben, daß sie ein kleines Kind in den Armen hielt. Die ganzen, vielen Jahre ihres Lebens hatte sie sich ein Kind gewünscht; die erste Zeit war sie sehr unglücklich gewesen, als sich ihr heißer Wunsch nicht erfüllte. Später hatte sie sich still in ihr Schicksal gefügt, ohne daß ihre Sehnsucht zur Ruhe gekommen war.

Und jetzt, plötzlich und unerwartet, schien ihr Herzenswunsch doch noch in Erfüllung zu gehen. Vom Himmel herunter kam dieses Kind gefallen, gerade in ihre geöffneten Arme hinein. War sie auch schon fünfzig Jahre alt, die Förstersfrau, so war doch jung genug in ihrem Herzen, und sie hatte viel, viel Liebe, dieses kleine Geschöpf zu besitzen und großzuziehen.

Heß, lediglich am Rentenmarkt zogen Reichsschuldschuldenscheinern abwärts um 3/4 Prozent an. Für die im Jahre 1931 fälligen Steuerscheine lautete der Kurs 90, 1932er Scheine wurden mit 85 notiert, 1933er mit 80, 1937er mit 75; und 1938er mit 71. Der umgekehrte Wert wurde auf etwa 3/4 Millionen RM geschätzt.

Dollar: 4.209 (Geld), 4.217 (Brief), engl. Pfund: 13.83 13.87, holl. Gulden: 169.38 169.72, Belg. (Belgien): 58.32 58.94, ital. Lira: 21.26 21.60, österr. Krone: 71.93 72.07, norw. Krone: 70.88 70.92, franz. Franken: 16.32 16.33, schwed. Krone: 12.05 12.08, span. Peseta: 51.10 51.26, ungar. Schilling: 39.50 39.56, schweiz. Krone: 72.28 72.42, österr. Schilling: 31.95 32.03.

Warenmarkt.

Mittagsbörse. (Zitlich.) Getreide und Mehlwaren per 1000 Kilo, jeht per 100 Kilo in Reichsmark ab Station: Weizen März 193—197 (am 31. 10. 192—194), Roggen März 156—158 (152—158), Straugerste 170—180 (170—180), Futter- und Süßlupine 162—169 (162—169), Hafer März 134—139 (132 5/8 137), Weizenklein 23.75—27.25 (23.50—27.10), Roggenklein 20.40—22.20 (19.50—22.10), Weizenklein 9—9.40 (9—9.40), Roggenklein 8.25—8.60 (8.25—8.60), Vorratserbsen 22—24 (22 bis 26), kleine Erbsenerbsen 20—23 (20—23), Futtererbsen 14—16 (14—16), Leinfaden 10.10 (10.10), Erbsenfaden 10.80

Fleisch und Eier.

(Zitlich.) Fleischpreise für 30 Kilo ab märkischer Station für den Waggon für den Berliner Markt: Schlachtkörper Rindfleisch 0.55—0.60, besgl. Weizenfleisch 0.45—0.60, besgl. Hähnchenfleisch 0.45—0.60, besgl. Gertentrost 0.45—0.60, gebändertes Rindfleisch 0.70—0.95, binflabengereinigtes Rindfleisch 0.50—0.75, besgl. Weizenfleisch 0.45 bis 0.60, Hühnerfleisch 1.30—1.45, handelsübliches Schwein, geschund und trocken —, gutes Schwein, geschund und trocken 1.80—2.10, Luderne 1.00—2.25, Schmalz 1.00—2.20, Knochen 1.00—2.20, 2.50, Drahtgeschweißte 40 Wienerer, 40 Wienerer, 40 Wienerer.

Berliner Schlachtkörper.

(Zitlich.) Auftrieb: 1699 Rinder (Baranier 619 Ochsen, 356 Stullen, 719 Kühe und Färsen), 2528 Kälber, 3549 Schafe, 1238 Schweine, 66 Mastlanschscheine. — Dreieile für einen Zentner: Lebendgewicht in Reichsmark:

| | | |
|---|-------|--------|
| Rinder: | 1.11. | 28.10. |
| 1. vollfleischig, ausgewässelt, höchsten Schlachtw. | — | — |
| jüngere | — | 31—32 |
| 2. fettig, vollfleischig, jüngere | 27—30 | 28—31 |
| ältere | — | — |
| 3. fettig | 24—26 | 25—27 |
| 4. geringe genährte | 19—23 | 20—24 |

| | | |
|--|-------|--------|
| Kälber: | 1.11. | 28.10. |
| 1. jüngere, vollfleischig, höchsten Schlachtw. | 28—30 | 30—31 |
| 2. mittlere vollfleischig oder ausgewässelt | 26—28 | 28—29 |
| 3. fettig | 23—25 | 24—25 |
| 4. geringe genährte | 20—22 | 21—23 |

| | | |
|--|-------|--------|
| Schafe: | 1.11. | 28.10. |
| 1. jüngere, vollfleischig, höchsten Schlachtw. | 18—23 | 17—18 |
| 2. fettig | 16—18 | 17—18 |
| 4. geringe genährte | 10—15 | 10—16 |

| | | |
|---|-------|--------|
| Färsen (Kälbinnen): | 1.11. | 28.10. |
| 1. vollfleischig, ausgewässelt, höchsten Schlachtw. | 28—29 | 29—30 |
| 2. vollfleischig | 24—27 | 25—28 |
| 3. fettig | 19—24 | 20—24 |

| | | |
|---|-------|--------|
| Ferkel: | 1.11. | 28.10. |
| 1. mittlere genährte Jungsch | 18—21 | 17—22 |
| Schaf: | 1.11. | 28.10. |
| 1. vollfleischig und jüngere Masthammel | 25—33 | 24—34 |
| Weibemast | 32—34 | 33—34 |
| 2. mittlere Masthammel, ältere Masthammel | 30—32 | 30—32 |
| 3. gut genährte Schaf | 17—19 | 18—21 |
| 4. fettig | 25—28 | 25—28 |
| 5. geringe genährte Schaf | 12—24 | 14—24 |

Schweine:

| | | |
|------------------------------------|-------|-------|
| 1. Fetttschweine über 300 Pfund | — | 45 |
| 2. vollfleischig von 200—300 Pfund | 43—44 | 44 |
| 3. vollfleischig von 100—200 Pfund | 40—43 | 41—43 |
| 4. vollfleischig von 160—200 Pfund | 37—40 | 38—41 |
| 5. fettig von 120—160 Pfund | 34—36 | 35—37 |
| 6. fettig unter 120 Pfund | — | — |
| 7. Sauen | 35—38 | 35—39 |

Die Preise für Schlachtkörper für nächsten gemogenen Tiere und schlachten übliche Speck des Handels ab Stall für Franzosen und Verkaufsstellen, Umzahlungen, sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, müssen sich also weitgehend über die Stallpreise erheben.

Frau Heiler nahm die kleinen, immer noch blaurotten Zäpfchen in ihre Hand und rieb sie zart und weich, bis sich die Kinderhände lösten und allmählich wärmer und wärmer wurden.

Dann wusch sie das Kind hin und her, während ihre Gedanken weitergingen. Sie würde immer etwas dagegen haben, wenn sie den kleinen Fingerring im Porzellan behielten. Die Mutter des Kindes hatte wohl genug gelitten, ehe sie so weit gekommen war, es auszuheilen. Sie hatte gewiß nicht die Möglichkeit, das Kind selbst durchzubringen, und sie würde glücklich sein, das kleine im Porzellan zu wissen. Die Förstersfrau würde sich jedenfalls mit Händen und Füßen dagegen sträuben, dieses Geckel des Himmels wieder herzugeben.

Das Kind hing an, heftiger zu weinen. Die Förstersfrau ging auf und ab, das Bündel eifrig auf den Armen wägend. Und mit einem Male verfiel ihr das Weinen; das kleine Wesen lag mit großen, feststehenden Augen an die Frau.

In diesem Augenblick bemerkte Frau Heiler etwas Gieriges am Hals der Kleinen. Sie zog eine goldene Kette hervor, die auf den Hüften geruht war. Ein großes, flaches Goldstück hing an dieser Kette, ein seltsames Schmuckstück. In die lange, breite Fläche des Kreuzes waren fremde Buchstaben eingraviert, während der Querschnitt einen Namen trug: Magdalena.

Verwundert schüttelte die Förstersfrau den Kopf. Wie kam das eigenartige und wertvolle Schmuckstück zu dem Fingerring?

In diesem Augenblick kam die alte Brigitte herein, mit einer Schale voll heißer Milch. Melos sah sich die beiden Frauen an.

„Was nun? Die Männer waren noch nicht zurück vom Boden. Aber das Kind hatte Hunger.“

Die alte Magd brachte einen Kaffeebecher. Es war eine schwache Fütterung, auf diese Weise; aber das Kind schürfte begierig den warmen Trank, und löschte die Verdurstung die Milch in dem kleinen Mund.

(Fortsetzung folgt.)

Die Schuld der Susanne Mariski

Roman von Margarete Ankelmann

Copyright by Martin Fuchswanger, Halle (Saale)

Im Schein der Abendlaterne sah man ein kleines Bündel liegen, auf der untersten Treppstufe, ganz im Winkel, unterm Schnee versteckt. Aus diesem Bündel ertönte das klägliche und hilflose Weinen eines Kindes.

„Ein Kind, Karpat! Ein Kind!“ rief die Frau Förster und bente sich nieder, das Bündel aufzunehmen. Im nächsten Augenblick hatte sie es ins Haus hineingetragen.

Woh! fand alles voll Neugier um den großen Wohnkamin herum, auf den die Frau Förster das Bündel niedergelegt hatte. Mit zarten und behutsamen Händen wusch Frau Heiler das Weisbüchel auf. Zuerst kamen zwei dicke Wollstücke und dann ein Federkissen, das über dem winzigen Kindeskörper zusammengebunden war, so daß nur der kleine Kopf herauslachte.

Ein zartes, kleines Mädchen kam zum Vorschein, in raubes Weinen gewickelt. Die kleinen, rotgefrorenen Händchen waren zu Häufchen zusammengeballt und das Köpfchen von hellblondem Haar umgeben; in den blauen Augen standen die Tränen. Kläglich öffnete sich der kleine Mund, an den sich hilflos die Fäustchen drückten.

„Einem Augenblick kann ich mich das Kind vermindert in das helle Licht; dann liegt es wieder an zu winnern.“

„Es hat Hunger“, sagte die Frau Förster. „Schnell, Brigitte, gehe in die Küche und mache Milch warm!“

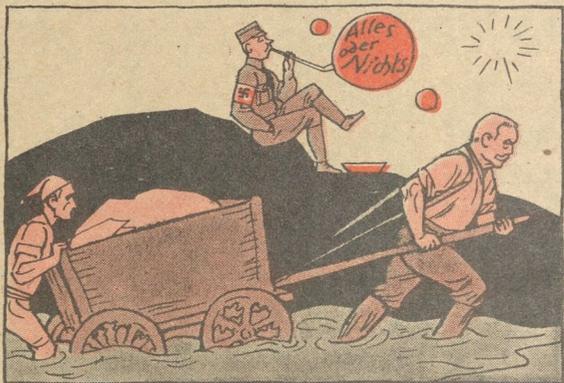
Während Brigitte hinausging, durchsuchte Frau Heiler das Bündel. Doch nichts war zu finden, was die geringsten Anhaltspunkte hätte geben können über die Herkunft des Kindes. Melos sah die Frau Förster auf ihren Mann. Dann wandte sie sich wieder dem Kinde zu.

Sie freilachte die kalten Händchen, den kleinen Kopf. „Mein Pöppchen, kleines — ja, ja, gleich bekommst du was! Sei nur ganz ruhig, gleich wirts du warm werden!“

*Unmittelbar bevor Not und Hunger
knüpft und knüpft wieder
Auf zur Wahl!*

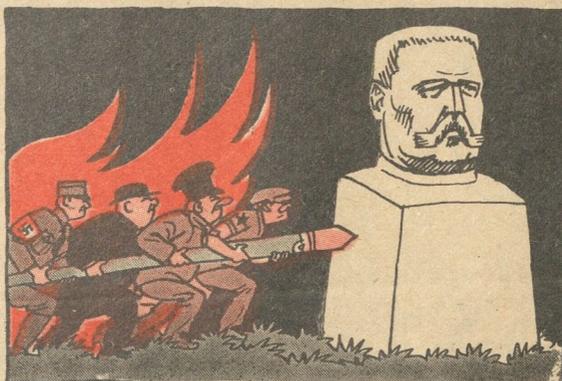


*Die S.P.D. nennt von der Macht - Und Rußland & ganz mehrheitlich rot,
Nur fragt mich nicht: "Woher habt ihr das?" Und trotzdem hat das Volk kein Brot!*



*Was nützen Gildern Pfaffen = Maffan,
Dann er verzögert, verzögert?!
"Was nützen Gildern Pfaffen = Maffan,
Dann er verzögert, verzögert?!"*

*So sind die Deutschen ganz zerstückelt.
"Was nützen Gildern Pfaffen = Maffan,
Dann er verzögert, verzögert?!" fragt man sich ebenfalls!*



*Die Eisen? - Einig im Zerknirren!!!
Dann will noch ironisch dort sein sein?
"Die Eisen? - Einig im Zerknirren!!!
Dann will noch ironisch dort sein sein?"*

*Nur Er hat fast. Es gilt sein dort.
Ja! Er ist Deutschlands Eisen Gott!
"Nur Er hat fast. Es gilt sein dort.
Ja! Er ist Deutschlands Eisen Gott!"*

Liste *Mit ihm führt Natur - von 'Gefahr'* *Liste*
Zum Ziel
7 *Die* **Deutsche Volkspartei** **7**

441. X. 82. Herausgeber: Reichsgeschäftsstelle der DVP, Berlin SW 68. - Verantwortlich für den Inhalt: G. S. Rodelforn, Berlin. - Verantwortlich für den Verlag: Heinrich Stockfel, Berlin. - Offsetdruck: W. Bürenstein, Berlin SW 48. - Bestell-Nr. 441. - Druckort: Flugbunt.





Nebrauer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1,- RM — Durch die Post bezogen 1.10 RM.

Schriftleitung: Wih. Sauer in Koblentz.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Nebra: Kaufmann Hugo Wädling (vorm. Wm. Weig), Markt 24/25
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Telegraphenamt: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Restraum 20 Pf.
Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten:
Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Koblentz.

№ 132

Donnerstag, den 3. November 1932

45. Jahrgang

Die Ernennungen

Die neue preussische kommissarische Regierung.
Berlin, 1. November.

In seiner Eigenschaft als Reichskommissar für das Land Preußen hat der Reichsminister folgende Ernennungen vorgenommen:

Zu seinem Stellvertreter für den Geschäftsbereich des Finanzministeriums hat er den Staatssekretär 3. D. Professor Dr. Poppi ernannt;

zu seinem Stellvertreter für den Geschäftsbereich des Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten den Reichsminister Freiherrn von Braun;

zu seinem Stellvertreter für den Geschäftsbereich des Ministeriums für öffentlichen Bau und Volkshilfe den Universitätsprofessor Dr. Kästner.

In der kommissarischen Leitung der übrigen preussischen Ministerien teilt keine Veränderung ein.

Der Reichspräsident hat den stellvertretenden Reichskommissar für das Land Preußen, Staatssekretär 3. D. Oberbürgermeister Dr. Bracht, und den Stellvertreter des Reichskommissars für das preussische Finanzministerium, Staatssekretär 3. D. Professor Dr. Poppi, für die Dauer ihrer Betrauung mit diesen Aufgaben zu Reichsministern ohne Geschäftsbereich ernannt.

Reichsratsverfassungsausschuss einberufen

Berlin, 1. November.

Der Reichsminister hat in Vorbereitung der Wiederaufnahme der Reichsratsverhandlungen die Einberufung des Reichsratsausschusses für Beratung und Geschäftsordnung zum 3. November veranlaßt. Die Sitzung ist verstaatlichter Natur und dürfte der Erörterung der preussischen Frage gewidmet sein.

Vom preussischen Staatsministerium wird hierzu ergebend mitgeteilt, die Einberufung des Ausschusses geht auf einen preussischen Antrag zurück. Die preussische Staatsregierung habe der Absicht der Reichsregierung, den Reichsrat erst in der nächsten Woche zusammenzutreten zu lassen, widersprochen.

Braun zu den Neuernennungen

Berlin, 1. November.

Das geschäftsführende preussische Staatsministerium Braun nimmt in einer Erklärung wie folgt zu den Ernennungen in Preußen Stellung:

„Die Ernennung von Reichsministern ist an sich Sache des Reichs. Preußen hat dabei lediglich im Rahmen des Reichsrats wegen der hauswirtschaftlichen Unterlagen mitzusprechen. Die Ernennung ist nach der grundsätzlichen Zustimmung der preussischen Staatsregierung deshalb überflüssig, weil die Verwaltung preussischer Angelegenheiten durch das Reich auf Grund von Artikel 48, Absatz 2, der Reichsverfassung nach ihrer Ansicht nicht notwendig ist. Wenn sie aber für notwendig gehalten wird, kann die Beschränkung auf Preußen nicht gerechtfertigt werden.“

Die Bezeichnung der Kommissare als „Reichsminister“ ist immerhin zutreffender als die Bezeichnung als „Landesminister“ oder „Landesregierung“, die mit der Entscheidung des Staatsgerichtshofs nicht in Einklang steht. In der Ernennung von Poppi wird man eine gewisse Abschwächung der Reichsregierung von der bisherigen Beurteilung der früheren Finanzgebarung des Reichs zu erblicken haben, an der Herr Poppi, der Staatssekretär im Reichsfinanzministerium bis Ende 1929 als maßgebender Fachbearbeiter mitgewirkt hat.“

Kabinett Braun im Reichsrat

vorausichtlich keine neue Prozenttage.

Berlin, 2. November.

Wie zur gestern angelegte Sitzung des Kabinetts Braun ist auf heute verschoben worden, weil einige der Minister, die am Wahltage teilzunehmen, nicht früher in Berlin sein konnten. In der Kabinettsitzung will sich die Regierung Braun darüber schlüssig werden ob und welche Folgerungen sofort aus den neuen Maßnahmen des Reichskommissars bzw. der Reichsregierung zu ziehen seien.

In unterrichteten Kreisen glaubt man, daß sich das Kabinett von einer abermaligen Anrufung des Staatsgerichtshofes im Augenblick nichts Wesentlichen verspricht, wobei eine neue Situation höchstens gegeben wäre, wenn

eine Bayern oder ein anderes Land diesmal die Initiative ergreife.

Zu der Sitzung der Reichsratsausschüsse am Donnerstag dürfte das Kabinett, gestützt auf die Staatsgerichtshofentscheidung, keine Vertreter, nämlich die Ministerialdirektoren Dr. Bracht und Dr. Vadi, entsenden. Außerdem wird als weiterer preussischer hauptamtlicher Reichsratsvertreter der Ministerialdirektor im Handelsministerium Gohmann ernannt, der sich, wie verlautet, gleichfalls allein auf die Instruktionen der Staatsregierung für gebunden hält. Preussischer Stimmführer im Reichsrat bzw. in den Ausschüssen wird Ministerialdirektor Dr. Bracht sein. Die Staatsminister persönlich dürften an den Reichsratsausschussverhandlungen nicht teilnehmen.

Keine Stuttgarter Konferenz

In der Presse ist verschiedentlich von einer Stuttgarter Konferenz zwischen dem Bevollmächtigten der Reichsregierung, Freiherrn von Bersner, und den Ministerpräsidenten von Bayern und Württemberg die Rede, die dadurch nicht zustande gekommen sein soll, daß Freiherr von Bersner Stuttgart vor der Ankunft des bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Heß verließen habe.

Von zuständiger Stelle wird dazu erklärt, daß eine derartige Konferenz überhaupt nicht geplant gewesen sei. Freiherr von Bersner steht seinem Zutritt gemäß in händiger Führung mit den süddeutschen Ministerpräsidenten und befindet sich augenblicklich auf einer Reise nach Dresden und den süddeutschen Hauptstädten München, Stuttgart und Karlsruhe.

Es ist richtig, daß Freiherr von Bersner in Stuttgart mit dem Staatspräsidenten Dr. Holz verhandelt hat. Eine Zusammenkunft mit dem dann in Stuttgart eingetroffenen Ministerpräsidenten Dr. Heß war aber nicht vorgelegen. Es ist deshalb auch falsch, wenn in der Presse davon die Rede ist, der bayerische Ministerpräsident habe erklärt, er sei für Freiherrn von Bersner nicht zu sprechen.

Amisübernahme durch Poppi

Reichsminister Prof. Dr. Poppi hat in seiner Eigenschaft als Stellvertreter des Reichskommissars für das Land Preußen im Geschäftsbereich des preussischen Finanzministeriums seine Amisgeschäfte übernommen.

In seiner Einführungsrede vor den Beamten, Angestellten und Arbeitern des Finanzministeriums hob Reichsminister Dr. Poppi hervor, daß er nicht als Fremder in das preussische Finanzministerium komme, mit dem er durch langjährige Zusammenarbeit in der preussischen und in der Reichsverwaltung verbunden sei. Er verweise auf die großen Aufgaben der Gegenwart, die darin gipfeln, den Finanzen des Landes Preußen und der von ihm umschlossenen Gemeinden und Gemeindeverbände wieder eine feste Grundlage zu geben, so daß sie — nach einem Worte Marc Aurels — nicht aufrechtzuerhalten werden, sondern aufrecht stehen.

Staatssekretär Schöntner brachte den Dank für die Begrüßungsworte zum Ausdruck und versicherte, daß die Beamtenschaft des Finanzministeriums wie bisher unter Einfluß der besten Kräfte an den großen Aufgaben, die ihr gestellt seien, mitarbeiten werde.

Am Freitag Oberpräsidentenkonferenz

Reichskommissar Dr. Bracht hat die preussischen Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und den Berliner Polizeipräsidenten für Freitag, den 4. November, zu einer Sitzung im preussischen Innenministerium eingeladen.

Die Tagesordnung soll erst zu Beginn der Besprechung bekanntgegeben werden. Derartige Besprechungen haben auch bisher schon wiederholt stattgefunden. Neben einer Ansprache über die politische Lage dürfte der Zweck der Zusammenkunft vor allem auch in einer Erörterung der sich aus der Neuordnung der politischen Verhältnisse in Preußen und der Verwaltungsreform ergebenden Fragen bestehen.

Die Zusatzstimmen der Wahlreform

Keine Stimmrechtung der Arbeitslosen.

Die von dem Reichsinnenminister im Verein der Berliner Presse vorgereichten Vorschläge haben in der Öffentlichkeit, wie zu erwarten war, je nach der parteipolitischen Richtung Kritik gefunden. Insbesondere haben die Ausführungen über die Schaffung von Zusatzstimmen für Familienernährer und Kriegsteilnehmer Anlaß zu der Behauptung gegeben, die Reichsregierung plane eine Stimmrechtung der Arbeitslosen.

Demgegenüber wird festgestellt, daß von einer derartigen Absicht überhaupt nicht die Rede gewesen ist. Es handelt sich nach den Vorschlägen der Regierung um die Gewährung einer Zusatzstimme an diejenigen Männer oder Frauen,

denen die Sorge für die Ernährung einer Familie lasterantwortlich obliegt. Es ist dabei völlig gleichgültig, ob ein Familienernährer, Mann oder Frau, seinen Unterhalt durch Arbeit erwirbt oder unterstügt wird. Es kommt allein auf die Tatsache an, daß jemand außer für sich auch noch für ein oder mehrere Kinder zu sorgen hat. Von einer Entschüpfung der Arbeitslosen kann also keine Rede sein.

Kahenberger zur Disposition gestellt

Berlin, 2. November.

Wie verlautet, ist der Vortragende Legationsrat Kahenberger, der mehrere Jahre lang den Anlaufkurs in der Pressepolitik der Reichsregierung leitete, zur Disposition gestellt worden. Geheimrat Kahenberger war bereits seit mehreren Monaten beurlaubt und ist während dieser Zeit für Sonderaufgaben des Auswärtigen Amtes verwendet worden. Nach Ansicht politischer Kreise wird erwartet, daß Geheimrat Kahenberger in Kürze an einer anderen Stelle im Reichsdienst wieder Verwendung finden wird.

Kommunistische Staatsreichspläne?

Die Pressekorrespondenz der NSDAP veröffentlicht ein kommunistisches Rundschreiben.

München, 2. November.

Die Pressekorrespondenz der NSDAP veröffentlicht ein Rundschreiben, das nach den Mitteilungen der Korrespondenz von der Exekutive des Zentralkomitees der kommunistischen Partei Deutschlands mit dem Vermerk „t r e n g g e h e i m“ an die Bezirksleitungen der Partei verandt worden ist und Anweisungen für einen Staatsstreik enthält.

Nach diesem Schreiben sollen vom 15. November ab große Demonstrationen und Generalstreiks durchgeführt und Streiks an den Baustellen der Wohnbau- und der kommunalwirtschaftlichen organisiert werden, um die Polizei zu zermürben. Der verbotene „Rostfontämpferbund“ wird überhaupt alle kommunalwirtschaftlichen Kampfgemeinschaften sollen mobilisiert und gegen die Polizei eingesetzt werden.

Weiter enthält das von der nationalsozialistischen Korrespondenz veröffentlichte Rundschreiben Anweisungen über die Befehle von Kaffee- und Polizeierkäufen. Die Polizei soll durch provokative Unruhen solange eingeschalten werden, bis die Befehle gelungen ist. Dann sollen Fernsprekdämmer, Flugblätter, Post und Eisenbahn, Verwaltungsgebäude und Bänke besetzt werden.

Im übrigen sollen auch schon Entwürfe für amtliche Bekanntmachungen nach einer Revolution im Wortlaut vorliegen, die politische Verammlungen mit Todesstrafe bedrohen und die Auflösung der Reichs-, Länder- und Stadtparlamente sowie die Einlegung eines Vollzugsrates der „Revolutionsezeitung“ vorsehen. Andere Vorbereitungsarbeiten betreffen die Handreichliche Erziehung bei Grenzüberritten

xrite colorchecker CLASSIC

Veröffentlichung, 1. November

zeit sie mit dem ist, für die Zeit (Schrift).

1. Oktober (Schrift)

mlahnteuer für DNe Schrift).

o dem letzten

chheit entspre der Hälfte der (Schrift).

zeit sie mit dem für die Zeit vom (Schrift).

uer,

n für Monats-

Stammminister, Schriftententeur, soweit nicht Sonderordnungen bestehen.

Gegen Parteigoismus und Parteizerrissenheit für Deutschland!

Wählt Deutschnationale Volkspartei Liste 5!

